

o Konvent protestiert  
gegen Mittelkürzung

o Aktionstage: Volles  
Programm!

## WAS HAT DIE KONVENTSSITZUNG GEBRACHT ???

Auf der gestrigen Sitzung des Konvents der THD, die über 900 Studenten im Audi-Max "beobachteten", wurde über den studentischen Antrag, die Uni in der Zeit vom 1.-5.12. zu schließen, lange und kontrovers diskutiert. (den Text des Beschlusses findet ihr auf der Rückseite). Diese Änderung trifft die Art und Weise in der die Aktionstage der nächsten Woche durchgeführt werden. Inhaltlich stimmte der Konvent dem Antrag der Juso-Hochschulgruppe einstimmig zu. Nur in der Frage wie scharf der Konvent den Ausfall von Lehrveranstaltungen unterstützt, bestand keine Einigkeit. Stattdessen wurde ein Kompromißvorschlag der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter angenommen, der keine ausdrückliche Einstellung des Lehrbetriebes vorsieht: Lehrveranstaltungen sollen ausfallen, wenn sie mit Informations- und Demonstrationsveranstaltungen kollidieren. Ansonsten sollen Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, "als wäre die beabsichtigte Mittelkürzung bereits Realität geworden". Entsprechend dieses Beschlusses werden AStA und Fachschaften in der nächsten Woche Info-Veranstaltungen machen - und zwar ganztägig! D.H., DASS JEDE LEHRVERANSTALTUNG IN DIESER ZEIT MIT INFOVERANSTALTUNGEN UND SONSTIGEN AKTIONEN KOLLIDIERT UND SOMIT AUSFÄLLT!! Dies wird den Dekanen aller Fachbereiche mitgeteilt und alle Professoren und wiss. Mitarbeiter aufgefordert, im Sinne des Konventsbeschlusses zu verfahren. Die genauen "Stundenpläne" werden am Freitag per Flugblatt bekanntgegeben.

Der Konvent der Technischen Hochschule erklärt:

1. Der Konvent ist der Auffassung, daß eine weitere Verschlechterung der Situation in Lehre und Forschung nicht akzeptabel ist.  
Er fordert die ständigen Ausschüsse auf, dafür Sorge zu tragen, daß der Betrieb in Forschung und Lehre in der jetzigen Form so lang als möglich aufrechterhalten bleibt und erwartet, daß die Fachbereiche sich ebenso verhalten.  
Der Vollzug erheblicher Kürzungen im Bereich der wissenschaftlichen Hilfskräfte und des Stellenabzugs durch die Sperrung freierwerdender Stellen hätte eine derartig gravierende weitere Verschlechterung der Ausbildungsqualität zur Folge, daß sich ein qualifiziertes wissenschaftliches Studium unter diesen Bedingungen nicht aufrechterhalten ließe. Durch ein solches Vorgehen, das im Bewußtsein geschehen würde, daß die Lehrmittel vor Ablauf des Haushaltsjahres verbraucht sind, würde der Öffentlichkeit und den politisch Verantwortlichen demonstrativ verdeutlicht und erkennbar gemacht, welche Auswirkungen die Streichungspolitik konkret hat, und daß unter solchen Bedingungen eine wissenschaftliche Ausbildung nicht mehr möglich ist.
2. In den zum Studium an einer Technischen Hochschule sehr wichtigen betreuungsintensiven Praktika und Kleingruppenübungen ist ein weiterer Abbau des Betreuungspersonals nicht mehr möglich, da die Gruppen bereits bis zum Äußerten vergrößert sind. Z.B.: Abbau der Bibliotheken, so daß eine sinnvolle Nutzung kaum mehr möglich ist.
  - Versuche im physikalischen Grundpraktikum
  - Konstruktionsübungen in Maschinenelemente
  - Maschinenpraktiken in E-TechnikIn einigen Bereichen ist darüber hinaus damit zu rechnen, daß bei Kürzungen sicherheitstechnische Vorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen nicht mehr einhaltbar sind.
3. Die studienreformerischen Ansätze dürfen nicht in Frage gestellt werden, auch muß weiterhin die Möglichkeit bestehen, studienreformerische Ziele praktisch zu verwirklichen. Schon bestehende rudimentäre Ansätze wie interdisziplinäres Lernen, Projektstudium (z.B. Bauingenieur-Projektphasen: Planen, Entwerfen, Konstruieren) und Orientierungsphasen sind durch die Kürzungen gefährdet.
4. Die Landesregierung und das Parlament werden aufgefordert die langfristige Abbaustrategie im Hochschulbereich zu revidieren. Der geplante Abbau steht im Widerspruch zu den früher gemachten Zusagen. Die Hochschulen haben am Abbau des Numerus Clausus mitgearbeitet und so eine Öffnung der Hochschulen für mehr Studierwillige ermöglicht. Die Landesregierung hatte sich verpflichtet ihren Teil in Form eines Überlastprogramms für hohe Studentenzahlen zu erbringen, hat aber keine Pfennig dafür ausgewiesen, sondern Mittel gestrichen.
5. Auch die auf Bundesebene geplanten Einsparungen im Bafög-Bereich und im Wohnheimbau betreffen in erheblichen Maß die Hochschulen. Die soziale Lage der Studenten wird mit solchen Maßnahmen verschärft und kann für den einzelnen dazu führen, daß die Durchführung des Studiums überhaupt unmöglich wird oder zumindest oder zumindest eine Verlängerung zur Folge hat, da das Studium durch Jobs finanziert werden muß. Der Konvent widersetzt sich allen Maßnahmen, die auf die Einführung eines sozialen Numerus Clausus hinführen und das Recht auf Bildung zu einem Privileg für wenige machen.
6. Der Konvent empfiehlt den Fachbereichen in der Zeit vom 1.-5.12 die Auswirkungen des Kutusetats 1981 auf ihren Lehrbetrieb aufzuzeigen, zu diskutieren und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Als eine geeignete Maßnahme sieht der Konvent an, die Lehrveranstaltungen in dieser Woche so durchzuführen, als wäre die beabsichtigte Mittelkürzung bereits Realität geworden. Im übrigen sollen Lehrveranstaltungen ausfallen, soweit diese mit Inforveranstaltungen oder Demonstrationen kollidieren
7. Die Fachbereiche werden gebeten in der Zeit vom 1. - 5.12. die Auswirkungen des Kutusetats auf ihren Bereich zu diskutieren und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen.
8. Der Hochschule ist nicht damit gedient, finanzielle Nachschläge zu Lasten der übrigen Bereiche des Bildungssystems zu erhalten und damit eine relative Besserstellung zu erreichen. Die Hochschulen sind auf ein gutes und durchlässiges Schulsystem angewiesen, Auszehrung in diesem Bereich hat auch auf das Studium und die Lehre negative Auswirkungen. Dem Anliegen der Hochschule bezüglich Finanzierung wird auch nicht gedient durch Verteilungskämpfe zwischen und innerhalb von Hochschulen.

Die Punkte 1 - 5 und 7 - 8 wurden einstimmig von den anwesenden Konventsmitgliedern angenommen. Zu Punkt 6 wurde der Antrag der Juso-Hochschulgruppe (unterstützt von Basisgruppen und sonstigen Mitarbeitern) - in dem Antrag heißt es, daß der Lehrbetrieb in der Woche vom 1.-5.12. eingestellt werden soll - knapp abgelehnt. Der vorliegende Antrag für Pkt. 6 wurde bei 34 Fürstimmen angenommen.